

Ist dieser soziale Blindenhund bissig?

Google gründet ein „Institut für Internet und Gesellschaft“. Was will man damit? Die für drei Jahre bereitgestellten 4,5 Millionen Euro verdient die Firma jedenfalls an einem halben Tag.

Der größte Internet-Konzern der Welt gründet in Berlin, an der Humboldt-Universität, ein „Institut für Internet und Gesellschaft“, um, wenig überraschend, die Wechselwirkung von Internet und Gesellschaft zu erforschen. Es wurde, wenn man Googles Chef Eric Schmidt glauben mag, absichtlich ein sonst gern verspotteter Datenschutz-Deutschland angesiedelt, um eine kontinentaleuropäische Perspektive auf die Online-Welt zu bekommen.

Die Themenliste der neuen Institution enthält die ganz dicken Bretter aktueller Digitalpolitik: Wie wird Mitbestimmung gestaltet, wenn Algorithmen und Geschäftsmodelle im Alltag wichtiger werden als Gesetze? Wie soll die Zukunft geistigen Eigentums aussehen, falls es überhaupt noch eine Zukunft hat? Wie sollen Regeln und eine Regulierung für das Internet zukünftig entstehen, und wie sollten sie beschaffen sein?

Wir profitieren natürlich mit

Diese Institutsgründung ist eine schallende Ohrfeige für die deutsche Forschungspolitik. Dass ein solches Institut erst durch eine Spende ausgerechnet des Konzerns möglich wurde, der einen Großteil der gesellschaftlichen Veränderungen durch das Netz maßgeblich selbst antreibt und davon auch kräftig profitiert, zeigt die Misere der hiesigen Wissenschaft. Echte Forschung zu den Folgen und Auswirkungen von Computerisierung und Vernetzung findet an deutschen Universitäten traditionell nämlich nur ganz am Rande statt, getragen von einer vergleichsweise kleinen Zahl unterfinanzierter Wissenschaftler, die um ihre Lehrstühle hart kämpfen müssen, wenn es die nächste Kürzungs- oder Umverteilungsrunde geht.

Gesellschaftliche Folgen von Technologieentwicklung zu erforschen und zu lehren, eine ethische Grundlage für die technischen Eliten von morgen zu erschaffen, die mit mehr faktischer Macht ausgestattet sind als alle Generationen vor ihnen, ist im Angesicht der Durchdigitalisierung unserer Welt dringender denn je. „Das interessiert die Industrie doch sowieso nicht“, heißt es dann aber, wenn es an die Mittelzuweisung geht. „Lasst uns doch lieber mehr Wirtschaftsinformatik und Onlinewerbung-Optimierung machen.“ Dafür gibt es schließlich Drittmittel aus der Wirtschaft, und nach deren Höhe bemisst sich dann die Wertschätzung in den Augen der Leitungsgremien. Viele der industrienahe Lehrstühle zeichnen sich, wenig überraschend, denn auch nicht gerade durch besondere Innovationskraft aus. Die Belohnung durch mehr Sponsorengeld gibt es vor allem für die verlässliche Produktion von in der Wirtschaft reibungslos verwendbaren Absolventen und für das Beackern von möglichst anwendungsnahen Forschungsfeldern. „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ war schon immer das Lebensmotto von Hofnarren, PR-Agenten und leider auch oft von Wissenschaftlern. Für große, radikale Ideen, riskante Experimente oder gar interdisziplinäre Grundlagenforschung bleibt zwischen ausufernden Lehrverpflichtungen, Förderantragschreiben und Universitätsbürokratie einfach keine Zeit.

In der Konsequenz droht, zusammen mit dem sinkenden Niveau von Feldern wie der Informatik, auch die Technikfolgenforschung in Deutschland zu verkümmern. Wenn man erfolgreich und wirkmächtig über das Wechselspiel von Technologie und Gesellschaft nachdenken und forschen will, braucht man unbedingt den direkten Kontakt zur Technik von morgen und übermorgen, die jedoch in Deutschland zunehmend weniger entsteht. Und es bedarf eines klaren Bekenntnisses zur Aufgabe der Universitäten, ernsthafte Wissenschaft zu betreiben und nicht nur Dienstleister, Zulieferer und akademischer Erfüllungshelfer der Wirtschaft zu sein.

Google kann durch die Analyse der Daten, die wir dieser Firma mit jeder Suchanfrage und jeder E-Mail anvertrauen, mehr über unseren kollektiven Seelenzustand, unsere Ängste, Sehnsüchte und Wünsche wissen als irgendjemand sonst. Der Konzern ist auch einer der weltgrößten Arbeitgeber für Akademiker.

Wozu benötigt er also ein neues Institut? Zur Erforschung von Fragen, die hausinterne Wissenschaftler durch einen analytischen Spaziergang in den eigenen Datenhelden beantworten könnten? Der Schlüssel liegt wohl in der geradezu penetranten Betonung der Unabhängigkeit der Forscher des neuen Instituts. Die eigentlichen Ziele der Gründung dürften mehrdimensional und vielschichtig sein.

Google lernt in Amerika gerade schmerzhaft, wie wichtig die langfristige Beeinflussung des politischen Meinungsbildes für die Erhaltung der eigenen Geschäftsmodelle ist. Der Konzern hat ein Machtpotential angesammelt, das intensive Rufe nach Regulierung, Beschränkung, Kontrolle lautwerden lässt. Dass Google sich nun aber anschiebt, die akademische Seite der anstehenden europäischen Debatten über den Weg in die digitalisierte Gesellschaft frühzeitig zu beeinflussen, kann nicht weiter verwundern.

Mit wenig Geld ist hier ein subtiler, aber nachhaltiger Einfluss auf politische und gesellschaftliche Denk- und Entscheidungsprozesse zu gewinnen, die auch für die Zukunft des Konzerns höchst relevant sind. Die 4,5 Millionen Euro, die über einen Zeitraum von drei Jahren in das Institut fließen sollen, verdient Google in etwa sechs Stunden – so vehement sprudelt der Geldspringbrunnen aus dem Geschäft mit der Online-Werbung. Dass Google durch die Konstruktion der Förderung keinen direkten Einfluss auf die Themen und Forschungsergebnisse hat, mag in der Praxis sogar stimmen. Den Verdacht, dass wesentliche Wissenschaftler, deren Ideen und Expertisen zukünftige politische Regulierungsversuche beeinflussen werden, in ihren Arbeiten im Zweifel den größten Werbeverkäufer im Internet schonen könnten, muss das neue Institut aber erst noch widerlegen.

Man sollte nicht den Fehler machen, Google blindlings zu dämonisieren. Nicht umsonst hat das Unternehmen viele Verbündete, gerade wenn es um die Erhaltung der digitalen Freiheiten geht: die große Mehrheit der Internetnutzer. Die notwendigen Voraussetzungen für Googles Erfolg sind schließlich nahezu deckungsgleich mit dem, wie die meisten Digitalbürger ihr Netz gernhaben: frei, offen, gleich, sicher, unzensuriert und ohne Beschränkungen für Innovation. Rücksichtnahme auf überkommene Geschäftsmodelle, die von Digitalisierung und Vernetzung gefressen werden, liegt ihnen genauso fern wie Google.

Wir freuen uns auf die Ergebnisse

Immer kritischer wird jedoch die monopolistische Machtkonzentration, die stetig wachsende Abhängigkeit von Googles Diensten und Systemen gesehen. Und ein deutlich zunehmendes Unbehagen gibt es bei der Privatsphäre, der Konzentration der digitalen Lebensspuren in wenigen, vorwiegend amerikanischen Händen. Die Unternehmenspolitik von Google ist es erklärtermaßen, bei Diensten, die die Privatsphärenwahrnehmung der Nutzer beeinträchtigen könnten, genau bis an die „creepy line“ zu gehen, aber nicht darüber hinaus. „Creepy“ sind in der Google-Diktation Funktionen, bei denen die Macht von Rechenleistung und Datenaggregation zu sehr spürbar wird, wo also eine große Zahl der Nutzer sich bevormundet, durchschaut, beobachtet fühlt.

Wo genau die „creepy line“ derzeit verläuft und welche Funktionen bei ihrer Überschreitung zu verheerenden PR-Katastrophen werden können, ist für Google nicht immer einfach zu erkennen. Mehrmals musste jedenfalls wegen eines öffentlichen Aufschreis zurückgerudert werden. Es scheint, als hätte das Unternehmen hier eine gewisse aspergerartige Betriebsblindheit entwickelt, eine Unfähigkeit, die oftmals unlogisch erscheinenden Gefühle seiner Nutzer zu erkennen und vorherzusehen. Ein externes Forschungsinstitut als sozialer Blindenhund kann hier sicher nützlich sein, um nicht zu schnell voranzupreschen. Wenig subtil erklärte denn auch der Berliner Google-Vertreter Max Senges die Forschungsfinanzierung: „Wir freuen uns auf die Ergebnisse, die uns auch helfen werden, bessere Produkte zu machen.“ FRANK RIEGER

Feuilleton



Diese Himmelskönigin ist wahrhaftig teuer: die Schutzmantelmadonna des Hans Holbein, gemalt 1526 bis 1528.

Foto Florian Manz

Der schönste Alte Meister der Welt

In guten Händen: Der Unternehmer Reinhold Würth kauft die Holbein-Madonna

Die Holbein-Madonna ist verkauft. Gestern hat der deutsche Unternehmer Reinhold Würth den Vertrag unterzeichnet, der ihn zum Eigentümer eines der schönsten und bedeutendsten Altmeistergemälde der Welt macht. Damit endet ein jahrelanges Ringen um das Meisterwerk von Hans Holbein dem Jüngeren, der darauf zwischen 1526 und 1528 neben der Jungfrau mit dem Kind die Familie des Basler Bürgermeisters Jakob Meyer „zum Hasen“ dargestellt hat. Die Schutzmantelmadonna, die im Rang neben Raffaels „Sixtina“ in Dresden steht, hängt derzeit als Leihgabe im Frankfurter Städel, während des aktuellen Umbaus als Herzstück der Schau „Chronologie der Bilder“.

Seit 2002 war die Verkaufsabsicht des Adelshauses Hessen, dessen Hausstiftung das Gemälde gehört, bekannt, und seither wurden Verhandlungen geführt mit dem Ziel, das Bild, das zuvor im Landesmuseum Darmstadt beheimatet war, für das Land Hessen zu erhalten. Zuletzt konnte ein Konsortium um Max Hollein, den Direktor des Städel, vierzig Millionen Euro aus öffentlichen und privaten Mitteln für die Madonna anbieten. Das reichte der Erbgemeinschaft, nämlich Donatus Prinz von Hessen und seinen drei Geschwistern, nicht. Um die festgefahrene Situation zu beenden, versuchte in den vergangenen zwei Monaten der Kunstvermittler Christoph Graf Douglas, der für das Adelshaus Hessen agierte, eine öffentlich-private Partnerschaft für den Erwerb der Madonna zustande zu bringen. Es war die Idee von Douglas, den schwäbischen Großindustriellen und Kunstsammler mit dem Städel in ein gemeinsames Boot zu holen, um die finanzielle Lücke zu füllen.

Ehe eine solche Partnerschaft – mit all ihren Implikationen für beide Seiten – ausverhandelt war, entschloss sich Reinhold Würth jedoch, im Alleingang der Vorstellung der Erbgemeinschaft weitestgehend entgegenzukommen. Der Kaufpreis, auf den man sich schließlich einigte, wird nicht bekanntgemacht. So viel ist sicher: Es handelt sich mit weitem Abstand um die höchste Summe, die jemals in Deutschland für ein Kunstwerk bezahlt wurde, und weltweit um den zweithöchsten Preis, der je für einen Alten Meister bekannt wurde – nach Rubens' „Bethlehemitischem Kindermord“, den der kanadische Medienmogul David Thomson für 45 Millionen Pfund (damals gut siebzig Millionen Euro) 2002 in London ersteigerte. Erst in der vergangenen Woche wurde, wieder in London, mit dem Zuschlag bei 23,8 Millionen Pfund (26,4 Millionen Euro) eine Venedig-Vedu-

de von Francesco Guardi kurzzeitig zum zweitteuersten Altmeister in einer Auktion. Es ist zu vermuten, dass der Preis für die Holbein-Madonna im Bereich des Doppelten dieser Summe liegt.

Freilich ist es zutiefst bedauerlich, dass dieses singuläre Werk nicht in den Besitz der Öffentlichkeit übergeht. Frankfurt wäre zweifellos eine geeignete Ort für die Madonna gewesen, womöglich im Wechsel mit Darmstadt. Dabei spielte gewiss auch die Haltung der Hessischen Landesregierung eine Rolle, die zu keinem weiteren finanziellen Entgegenkommen bereit war, um Hollein den Ankauf für das Städel zu ermöglichen. Das kann man angesichts der ökonomischen Lage

den, der sie in seinem Hinterzimmer wegsperret. Denn nicht nur ist Würth, der die Kunst liebt, vollkommen klar, dass er seine Erwerbung nicht bei nächster Gelegenheit wieder versilbern kann (nichts wird er außerdem weniger wollen). Sondern der sechundsiebzig Jahre alte Unternehmer, der über eminente Bestände auch der Moderne und Gegenwart verfügt, die er in von ihm in ganz Europa gegründeten Museen präsentiert, hat in seinem Imperium auch der Alten Kunst bereits viel Gutes widerfahren lassen. So hat Würth im Jahr 2003, ebenfalls auf Vermittlung von Graf Douglas, sämtliche Werke aus ehemaligem Fürstenberg-Besitz übernommen, soweit sie nicht an die Stuttgarter Nationalgalerie gingen.

Für diesen Bestand hat er dann 2008 die Johanniterhalle in Schwäbisch Hall – eine säkularisierte, zwischenzeitlich als Turnhalle genutzte Kirche aus dem zwölften Jahrhundert – wunderschön restaurieren lassen, um der Öffentlichkeit Zugang zu den Altmeistern zu geben, dies alles aus eigener Tasche. Dort wird wohl künftig die Madonna in guter Gesellschaft sanft herrschen: in der deutschen südlichen Provinz, nicht allzu fern von ihrem Entstehungsort in Basel. Außerdem darf man hoffen, dass Würth die Holbein-Madonna auch immer einmal wieder auf längere Dauer ausleihen wird: nach Frankfurt und Darmstadt oder eben nach Basel. Sie wird also nicht verschwinden aus unserer Mitte und auch nicht aus den Augen all jener, die sie noch nie gesehen haben.

Inzwischen strebt die ganze neureiche Welt danach, für ihr viel zu vieles Geld Anlagemöglichkeiten in hochwertiger Kunst zu erlangen. Der Kunstmarkt lechzt geradezu nach Spitzenwerken. Mit Gemeinsinn oder Verantwortung für die Gesellschaft hat das meist gar nichts zu tun. Noch einmal: Die Holbein-Madonna ist ausnahmsweise geschützt. Und wenn jemals ein Werk auf dieser „nationalen Liste“ – über deren Bestückung wie auch Auswirkungen auf den Privatbesitz von Kunst in Deutschland man sich trefflich streiten kann – Sinn ergeben hat, so ist es diese wahre Ikone.

Doch selbst hierzulande wäre sie vielleicht gegen Spekulantentum nicht ganz gefeit gewesen, hätte sie nicht ihre ausdauernden Verteidiger vor diesem Schicksal gefunden. Umso mehr ist Reinhold Würth zu preisen. Denn er hat anderes erkannt als bloß Äußerliches – er sieht den inneren Wert: Mit dieser himmlischen Frau fährt man nicht Schlitten. Man handelt beherzt, als ein gläubiger Protestant aus Schwaben. ROSE-MARIA GROPP

Prinzipienlos

Wenn man die Russen in ihrer zynischen Gewissheit bestärken wollte, dass Europa eine prinzipienlose ältere Dame ist, hätte man sich in Berlin kaum Passenderes ausdenken können, als Wladimir Putin den Quadriga-Preis zu verleihen, der die Stärkung europäischer Werte wie Aufklärung, Engagement und Gemeinwohl würdigt. Putin, der sich auch als Premierminister die reale Macht im Staat sicherte und von dem viele Landsleute fürchten, dass er sich 2012 Jahr wieder und dann auf sechs Jahre zum Präsidenten wählen lässt, hat tatsächlich die deutsch-russischen Beziehungen stabilisiert, wie das Kuratorium des Netzwerks Quadriga jüngst erklärte. In Russland schaffte er Wahlen ab, gängete Presse und Rechtsprechung, machte die Böcke der Geheimdienste zu Gärtnern der Nationalökonomie. Das traditionelle nationale Übel der Korruption geriet so vollends außer Kontrolle. Doch die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen florieren. Die Pipeline North Stream soll bald Gas von Wyborg nach Greifswald pumpen, Deutschlands Atomausstieg wird seine Abhängigkeit von russischem Gas und Öl verstärken. Der Moskauer Publizist Waleri Panjuschkina, dessen ausgewogene Studie zum Chodorowski-Fall auch in Deutschland erschien, verbindet mit Europa den Traum von einer moralisch gezähmten Politik, die auch auf sein Land ausstrahlen könnte. Doch er ist ein Euronautiker. Die meisten seiner Kollegen sind längst überzeugt, dass es für Europa und zumal Deutschland in erster Linie um Russlands Rohstoffe geht, seinen Absatzmarkt, einige seiner besten Wissenschaftler. Das ist die apart nach Gas duftende Botschaft, die die Preisverleihung zum deutschen Nationalfeiertag an das Partnerland aussendet. Welch ein Kontrast zum Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten der früheren Quadriga-Ehrungen von Michail Gorbatschow und Václav Havel. Putin leitet in die Zukunft im Geist Peters des Großen, begründet die Jury ihre Wahl. Wie diese aussehen soll, deutete der Regierungschef an, als er jüngst ankündigte, nach den bevorstehenden Dumawahlen, die zweifellos unter seiner Regie stattfinden, werde er sich „waschen, und zwar im hygienischen wie im politischen“ Sinn. Säuberungen sollen Transparenz ersetzen. Oder Schizophrenie. Der stellvertretende Chef der Präsidentenadministration, Kremlideologe Wladislaw Surkow, der Putins Doktrin von der „souveränen Demokratie“ erfand, schilderte in seinem Roman „Nahe Null“ die Teufelsküche der russischen Politik unter Pseudonym. Doch jetzt erklärte er, Putin sei, wie auch sein tschechischer Protegé Ramsan Kadyrow, dem Heimatland von Gott gesandt. kho

Patrick Bahners

Dahrendorf-Professor in Konstanz

Die Universität Konstanz erinnert mit der Einrichtung einer Dahrendorf-Gastprofessur an ihren Gründungsvater Ralf Lord Dahrendorf (1929 bis 2009), der von 1966 bis 1969 und von 1984 bis 1987 als Professor für Soziologie in Konstanz lehrte. Als erster Dahrendorf-Gastprofessor wurde Patrick Bahners, Feuilletonchef dieser Zeitung, berufen. Im Rahmen einer Tagung des Exzellenzclusters „Kulturelle Grundlagen von Integration“ zur Frage „Ist das Konzept der Integration überholt? Theoretische Fassungen einer aktuellen Debatte“ hält Bahners am heutigen Donnerstag die Dahrendorf-Vorlesung über das Thema „Der indianische Missionar und der geheime Mohammedaner: Grenzfälle der Integrationslehre des Thomas Hobbes“. F.A.Z.

Heute

Wir vom Sonderdezernat Q

Mit Ansage: Der dänische Autor Jussi Adler-Olsen hat mit „Erlösung“ den nächsten Bestseller abgeliefert. Die deutschen Leser haben sich in Kommissar Mørck verliebt. Seite 30

Schau mir tief ins Archiv!

Becketts Nachlass birgt noch zahlreiche Kostbarkeiten, darunter 15.000 Briefe. Jetzt hat die Beckett-Forschung in York gründlich ins Archiv geblickt. Seite 32

Vor den Revolutionen

Im ägyptischen Kino stehen die Zeichen auf Sturm, im iranischen dagegen hängen die Schleier tief: eine Filmreihe in Berlin und ein Gespräch mit Asghar Farhadi. Kino 33

Im Vorzimmer des Premiers

Das Medienimperium des Rupert Murdoch pflegte immer ein besonderes Verhältnis zu Englands Regierungschefs – Nähe, die mitunter schmerzvoll war. Seite 35

Susanne Stephan

La capelletta

Das Portal fest verriegelt, aber seitlich ein Fenster in Scherben.

Das ein Bild bietet von Gerümpel mit Staubfirmis, altem Elektrogerät:

eine Prozession vom Rasenmäher bis zur Trockenhaube, hellblau, die sich verneigt.

Überm Altar die kurzgeschnittene Stille.